

Wien, 7. April 2016

Offener Brief an das Bundesministerium für Bildung und Frauen

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

mit großer Verwunderung haben wir festgestellt, dass in einem Schulbuch, das von Ihrem Haus freigegeben wurde, Christian Felber als Wirtschaftstheoretiker in eine Reihe mit John Maynard Keynes, Karl Marx, Milton Friedman (nicht „Friedmann“) und Friedrich August von Hayek gestellt wird. Es handelt sich um das Buch Geospots (für die 7. und 8. Klassen der AHS, ISBN: 978-3-7058-8873-9). Auf Seite 89 werden in einer Grafik die Vertreter einflussreicher Wirtschaftstheorien fotografisch dargestellt. Als Vertreter der Gemeinwohlökonomie ist dies eben Christian Felber.

Wir teilen das Ziel, unterschiedliche Wirtschaftstheorien und Fragestellungen der Ökonomie vorzustellen, auch etwa die, in denen es um Gemeinschaftsgüter geht. Eine geeignete Person dafür ist nach den Kriterien einer entsprechenden internationalen Bedeutung sowie weithin anerkannter wissenschaftlicher Arbeit zu wählen. Diese Kriterien würde etwa die Nobelpreisträgerin für Wirtschaftswissenschaften Elinor Ostrom erfüllen, die erforscht hat, wie Menschen sich organisieren, um gemeinschaftliche Probleme zu lösen. Da die Frage nach dem Gemeinwohl bzw. den Gemeinschaftsgütern oft im Zusammenhang mit Kritik an der Globalisierung zu sehen ist, wäre es auch möglich, Joseph Stiglitz oder Paul Krugman anzuführen. Wollte man den Akzent auf Verteilungsfragen legen, bieten sich Thomas Piketty oder der aktuelle Nobelpreisträger Angus Deaton an.

Als Ökonomen lehnen wir die Auswahl von Christian Felber, der vorwiegend als politischer Aktivist auftritt, über keine ökonomische Ausbildung verfügt und keine wirtschaftswissenschaftliche Publikation vorweisen kann, daher ab. Die von Felber propagierte Gemeinwohltheorie erfüllt nicht die üblichen Kriterien der Wissenschaftlichkeit.

Die in der Grafik angeführte Pluralität in der Wirtschaftsforschung findet in den textlichen Passagen dann keinerlei Berücksichtigung. Wäre es tatsächlich die Absicht des Verlags, auf die Darstellung unterschiedlicher Sichtweisen zu verzichten, so sollte wenigstens kenntlich gemacht werden, dass der Text lediglich eine von mehreren möglichen Sichtweisen bzw. Meinungen darstellt.

Wir fordern Sie daher auf, dieses Lehrbuch in seiner derzeitigen Form nicht weiter für den Einsatz an österreichischen Schulen zuzulassen.

Mit freundlichen Grüßen,

orie und Praxis von Wirtschaftspolitik

tschaft kann sowohl aus der Praxis, als auch aus einer theoretischen ipektive heraus beschrieben werden. Man hat es dabei mit Konsu- nInnen und ProduzentInnen, den Faktoren Arbeit und Kapital r dem wichtigen Verhältnis von Staat und Wirtschaft zu tun. Das ressante ist dabei die Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis, also r Bereich wo theoretische Überlegungen in die Wirtschaftspraxis gesetzt werden. Die zentrale Frage bei allen wirtschaftstheore- en und wirtschaftspolitischen Überlegungen ist die nach dem hhältnis von Staat und Wirtschaft. Wie weit soll der Staat durch Ge- e und Regulierungen in die Bereiche des Wirtschaftens eingreifen?

u ein paar allgemeine Beispiele aus der Wirtschaftspraxis. Kommt u Marktversagen im Wirtschaftsprozess so greift die europäische arpolitik mittels Subventionen ein. Man möchte damit das Bauern- ben verhindern. Regionalpolitik als Teil der Wirtschaftspolitik ver- nt **regionalen Disparitäten** durch die Finanzierung von Projek- in benachteiligten Regionen entgegen zu steuern.

egionale Disparitäten

arunter versteht man die Ungleichheit von Teilräumen innerhalb nes Staates. Sie ergeben sich aufgrund der Wirtschaftsleistung, der evölkerungsentwicklung und der Infrastruktur.

gesamte Sozialpolitik wird zur Vermeidung von Armut eingesetzt. Staat greift bei Wirtschaftskrisen durch Verstaatlichungen und an- e Rettungsmaßnahmen in die ins Ungleichgewicht geratenen rkte ein.

bei sind Ausmaß und Intensität in der Wirtschaftspraxis je nach In- ssen und ideologischer Position sehr unterschiedlich. Für Unter- merInnen ist die Liberalisierung der Öffnungszeiten ihrer Geschäfte wichtiges Anliegen. Gewerkschaften achten darauf, dass dies nicht chlechteren Arbeitsbedingungen für die Angestellten führt. Auch len Wirtschaftstheorien geht man von sehr unterschiedlichen Po- nomen aus. Als historische Modelle gelten dabei die Annahmen von am Smith und Karl Marx. Während Smith auf die Produktivkräfte freien Marktes setzt, sieht Marx in der Vergesellschaftung aller duktionsmittel das zentrale Element des Wirtschaftens.

am Smith (1723–1790)	Karl Marx (1818–1883)
irtschaftlicher Individualismus	Ausbeutung der Arbeiterschaft
setze des Marktes	Mehrwert geht als Profit an den Kapita- listen
bstregulierung	Immer mehr Kapital in Form von Anla- gen und Maschinen wird akkumuliert →
oftmaximierung	Akkumulationstheorie
isichtbare Hand“ von gebot und Nachfrage	Sinken der Profitrate
ettbewerb	Wettbewerb führt zur Konzentration des Kapitals in den Händen einiger Weniger
beitsteilung	Einkommen sinken → Verelendung des Proletariats
vateigentum	Wirtschaftskrisen und soziale Revolution
ne staatlichen Interventionen	Enteignung der Produktionsmittel

88.1: Grundsätze von Liberalismus und Marxismus im Vergleich

Für das moderne Verständnis von Wirtschaft sind die Annahmen des **Monetarismus** und Neoliberalismus von Bedeutung. Milton Fried- man (1912–2006) und Friedrich August von Hayek (1899–1992) stehen die Positionen von John Maynard Keynes (1883–1946) als Be- gründer des **Keynesianismus** gegenüber. Alternative Theorieansätze wie die Gemeinwohlökonomie, die Theorie der Commons oder der solidarischen Ökonomie sind neue Überlegungen. Sie versuchen eine Antwort auf die negativen Auswirkungen gegenwärtiger Wirtschafts- politik für die sozial Benachteiligten und die Umwelt zu geben. Wäre das von Interesse für dich? Kapitel 4.2 hilft dir dabei einen genaueren Überblick zu gewinnen.

Zwei Klassiker – Keynes versus Friedman

Mit den Theoretikern Keynes und Friedman stehen sich in der Wirt- schaftstheorie zwei Positionen diametral gegenüber. Eine ihrer um- strittenen Grundannahmen lautet: Befinden sich Märkte durch das freie Spiel von Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht (Friedman) oder eigentlich im Ungleichgewicht (Keynes) und sind daher steu- ernde Maßnahmen durch staatliche Wirtschaftspolitik notwendig? Friedman entwickelte dazu eine Wirtschaftstheorie, die als Monetaris- mus bezeichnet wird. Monetaristen gehen davon aus, dass der Markt ein selbstregulierendes System ist. Staatliche Eingriffe sind dazu nicht notwendig. Der Staat soll auf seine Funktionen zum Schutz von Privat- eigentum und zur Herstellung von Wettbewerb reduziert werden. Es soll vor allem für die Unternehmen ein hohes Maß an wirtschaftlicher Freiheit bestehen. Zentrales Ziel ist daher die Angebotsorientierung, also etwa ein Senken der Unternehmenssteuern oder die Verlängerung von Arbeitszeiten für Beschäftigte. Die Stabilisierung des Geldwertes steht im Zentrum dieser liberalen Politik. Geld- und Kreditpolitik sind für Monetaristen daher entscheidend. Alle anderen Ziele wie Wirt- schaftswachstum oder Arbeitslosigkeit regeln sich durch den Markt- mechanismus von selbst.

Keynesianer setzen auf Nachfrageorientierung und Maßnahmen zur **antizyklischen Wirtschaftspolitik**.

Antizyklische Wirtschaftspolitik

Darunter versteht man Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, die stets entgegen dem vorherrschenden Konjunkturzyklus gesetzt werden. Subventionen und Konjunkturpakete sollen aus der Rezession führen.

Grundsätzlich geht die Theorie des Keynesianismus davon aus, dass sich Märkte im Ungleichgewicht befinden, Wirtschaft etwas Instabiles ist und der Staat mittels **Fiskalpolitik** (Budgetpolitik) steuernd ein- greifen muss. Keynesianer sehen die Herstellung von Vollbeschäf- tigung als zentrales wirtschaftspolitisches Ziel. Sie wollen dazu un- bedingt die Nachfrage steuern. In Krisenzeiten müssen daher Investitionen und der Konsum angekurbelt werden. Steigende Staatsverschuldung (= **deficit spending**) ist die Folge. In der Rezession und Depression gilt es daher die staatlichen Ausgaben zu erhöhen. Schulden sollen in Pha- sen der Hochkonjunktur abgebaut werden. Für Keynesianer ist Wirt- schaft mittels politischer Einflussnahme durch **Stop- und Go-Politik** machbar. Monetaristen gehen hingegen so weit, dass sie das Eingreifen des Staates als Ursache für Marktversagen sehen. ➔ 4.1.B

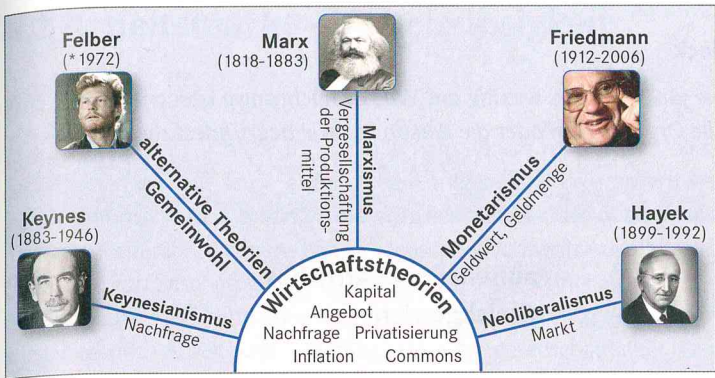


Abb. 89.1: Überblick: Verschiedene Wirtschaftstheorien

Beispiele für wirtschaftspolitische Praxis

In Österreich war in der Nachkriegszeit durch den Wiederaufbau ein starker Wirtschaftsaufschwung zu verzeichnen, der vor allem durch die Sozialpartnerschaft und ein keynesianistisches Wirtschaftsverständnis geprägt war. Der **Marshallplan** war eine ganz wesentliche Wiederauf- bauhilfe. Auf die Wirtschaftskrisen der 1970er-Jahre reagierte man mit verstärkter keynesianistischer Wirtschaftspolitik und betrieb im Rah- men einer antizyklischen Wirtschafts- und Budgetpolitik deficit spend- ing. Für diese Phase österreichischer Politik wird der Name **Austro- keynesianismus** verwendet. Vor allem durch die Erdölkrisen 1973/74 und 1979/80 kam es in der Ära Kreisky zu wirtschaftspolitischen Maß- nahmen wie erhöhten Subventionen in der verstaatlichten Industrie, um Arbeitsplätze zu sichern, zu staatlichen Großaufträgen für die Pri- vatwirtschaft und zu einer subventionierten Betriebsansiedelung inter- nationaler Konzerne. Parallel dazu verwirklichte man eine Vielzahl an sozialpolitischen Maßnahmen, die auch der Kaufkraftstärkung dienen sollten (z. B. Heirats- und Kindergeld).

Spätestens seit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 orientiert sich die Wirtschaftspolitik in Österreich an den Vorgaben des Binnenmarktes und der Konvergenzkriterien. Damit halten Elemente des Monetaris- mus und Neoliberalismus Einzug in die österreichische Wirtschaftspo- litik. Sparpakete zur Reduzierung der Budgetdefizite und der Rückzug des Staates als Unternehmer aus der verstaatlichten Industrie waren kennzeichnend. Die Wenderegierung ab 2000 setzte auf Privatisierung und den Versuch von Nulldefiziten in der Budgetpolitik (➔ Kap 4.5). Erst die Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 führte durch Bankenret- tungsprogramme, Konjunkturpakete und finanzielle Beiträge zur Sta- bilisierung der Euro- und Griechenlandkrise zu einem Abgehen von den Maastrichtkriterien auch in Österreich.

Reaganomics und Thatcherismus

Die bekanntesten und ausgeprägtesten Beispiele für neoliberale und monetaristische Wirtschaftspolitik stammen aus dem angloamerika- nischen Raum und sind mit den Regierungszeiten von Ronald Reagan (1981–1989) und Margaret Thatcher (1979–1990) verbunden. Ihre Wirtschaftspolitik wird als Reaganomics und Thatcherismus bezeich- net. Grundsätzlich war der gesamte Bereich der Wirtschaft einer Dere- gulierung und Liberalisierung ausgesetzt, sodass es zu einer Reduzie- rung von Gesetzen und Verordnungen kam. Die sozialen Systeme waren (weiterhin) privatwirtschaftlich organisiert. Arbeitsrechtliche Bestimmungen wurden weiter gelockert. Der Staat zog sich als Unter-

nehmer völlig zurück, auch wenn das für die amerikanische Rüstungs- politik keine Gültigkeit besaß. Privatisierungen von Unternehmen der Daseinsvorsorge waren vielfältig. Im Rahmen der Steuerpolitik ging es dabei vor allem um das Senken von Steuern für die Wohlhabenden. Legendar wurde der Kampf gegen die britischen Gewerkschaften, der Thatcher den Beinamen der „iron lady“ einbrachte.

Herrschaft des Neoliberalismus?

Seit dem Zusammenbruch des Sowjetsystems und der beschleunig- ten Globalisierung ist die neoliberale Wirtschaftspraxis weltweit vor- herrschend. Innerhalb der EU ist vor allem der Mittelstand von dieser Entwicklung stark betroffen. Dieser ist das Ergebnis einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die im System der Sozialen Marktwirtschaft fußt. Neoliberale Wirtschaftspolitik richtet sich gegen staatliche Maßnah- men europäischer Wohlfahrtsstaaten. Steigende Armut ist die Folge.

Die postkommunistischen Reformstaaten setzen in ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik auf neoliberale Vorgaben. Eine starke Spaltung der Gesellschaft in wenige Reiche, einen schwachen Mittelstand und eine Vielzahl von Armen ist die Folge. China setzt mit seiner sozialistischen Marktwirtschaft (➔ S. 222) ebenfalls auf die Prinzipien von Neolibera- lismus und Kapitalismus (➔ Kap. 9.3). Sowohl die räumlichen, als auch die gesellschaftlichen Ungleichheiten sind dabei besonders stark aus- geprägt.

IWF, WTO und Weltbank haben sich ebenfalls diesen Vorstellungen verpflichtet und betreiben seit der neoliberalen Wende ausnahmslos eine Politik entlang dieser Grundsätze. Die vielfältigen Finanz-, Wirt- schäfts- und Währungskrisen der letzten Jahrzehnte werden den neoliberalen Vorgaben zugerechnet. Internationale Finanz- und Kapi- talmärkte gelten ausnahmslos neoliberal gesteuert. Auch sozialdemo- kratische Wirtschaftspolitik übernimmt neoliberales Denken. **Dritte Wege**, wie Tony Blairs New Labour sind Zeugen dieser Entwicklung, wo auf die Marktkräfte und privates Kapital gesetzt wird.

Dritte Wege

Darunter versteht man wirtschaftspolitische Konzepte, die als Alter- nativen zu gegensätzlichen Ideen entwickelt werden. So kann die So- ziale Marktwirtschaft als dritter Weg zwischen Freier Marktwirtschaft und Planwirtschaft verstanden werden.

KritikerInnen dieser Entwicklung sind noch in der Minderheit und nicht mächtig genug, um Gegenmodelle zu verwirklichen. Kann diese neoliberale Politik wirklich nachhaltig sein und für Gerechtigkeit sorgen?



Abb. 89.2: GegnerInnen des Neoliberalismus (Demonstration anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm)